

2000 Euro Belohnung ausgesetzt

Zwei Hakenkreuze und antisemitische Sprüche hat ein Unbekannter in die Fassade der Jüdischen Kultusgemeinde in der Basteigasse geritzt. Ministerpräsident Kurt Beck hat die Tat aufs Schärfste verurteilt. Die Staatsanwaltschaft wertet sie als schwerwiegende Straftat.

„Ab mit Euch in die Gaskammer“ und „Juden ins KZ“ lauten die beiden Sätze, die rechts und links von der Eingangstür des Gebäudekomplexes in der Basteigasse eingeritzt wurden. Außerdem wurden zwei große Hakenkreuze in die Fassade gekratzt. Es wurde keine Farbe verwendet, schilderte der Leitende Oberstaatsanwalt Helmut Bleh gestern, weshalb die Schmierereien kaum zu lesen seien.

Der Hausmeister, der den Gebäudekomplex betreut, habe die Schmiererei, die wahrscheinlich in der Nacht zum Mittwoch auf die Hauswand geritzt wurde, entdeckt und der Polizei gemeldet. Von Passanten seien die Schriftzeichen nicht wahrgenommen worden.

Trotzdem hat die Staatsanwaltschaft für sachdienliche Hinweise auf den oder die Täter 2000 Euro Belohnung ausgesetzt. Der Leitende Oberstaatsanwalt erläuterte, es handele sich um zwei Straftatbestände. Zum einen komme der Tatbestand der Volksverhetzung in Betracht, zum anderen sei das Hakenkreuz als Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation verwendet worden. Sollte der Täter gefasst werden, kommt nach Blehs Worten nur eine Freiheitsstrafe nicht unter drei Monaten in Frage.

Aufs Schärfste verurteilt haben gestern Ministerpräsident Kurt Beck und Innenminister Roger Lewentz die antisemitischen Schriftzeichen. „Eine solche Tat ist mehr



Rechts und links neben der Eingangstür hat ein Unbekannter am Gebäude der Jüdischen Kultusgemeinde zwei Hakenkreuze und antisemitische Sprüche in die Fassade geritzt.

FOTO: VIEW

als beschämend“, konstatierten die beiden Landespolitiker. Es werde alles dafür getan, die Täter dingfest zu machen. Denn die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sei für sie eine Verpflichtung. Die

Landesregierung begreife den Kampf gegen Rechts als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Sicherheitsbehörden gingen „konsequent gegen den braunen Sumpf“ vor.

Deshalb trete die Landesregierung in Mainz für ein erneutes

NPD-Verbotsverfahren ein. „Es ist nicht hinzunehmen, dass eine fremdenfeindlich, anti-demokratische und rassistische Partei in Deutschland durch Steuermittel finanziert wird“, betonten Beck und Lewentz. (ita)

EINWURF